

Freiberger Anzeiger

und Tageblatt

Amtsblatt für die königlichen und städtischen Behörden zu Freiberg und Brand.

Verantwortliche Leitung: Georg Burkhart.

No 281.

Erscheint jeden Wochentag Abends 7 Uhr für den
anderen Tag. Preis vierteljährlich 2 Mt. 25 Pfg.
zweimonatlich 1 Mt. 50 Pfg. u. einmonatlich 75 Pfg.

Donnerstag, den 3. Dezember.

Inserate werden bis Vormittag 11 Uhr
angenommen. Preis für die Spalte 13 Pfg.
Außerhalb des Landgerichtsbezirks 15 Pfg.

1896.

Bekanntmachung.

In Gemäßheit von § 5 der Verordnung zu Ausführung des Gesetzes vom 17. April 1884, die gewerbmäßige Ausübung des Fußbeschlages betreffend, wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß

Herr Emil Oswald Zehl in Voigtstorf,
Ernst Hermann Kuhn in Kleinschirma,
Hermann Robert Leonhardt in Großvoigtstorf und
Hermann Richard Klemm in Kleinwaltersdorf

als geprüfte Fußbeschlagesmeister diplomiert worden sind.

Freiberg, den 1. Dezember 1896.

Königliche Amtshauptmannschaft.
Dr. Steinert.

Bekanntmachung.

Es soll die Anfuhr von Straßensteinen, Kies pp. sowie die Lieferung von Schlacken, Wäschsand u. s. w. für die allgemeinen Ausführungen bez. Unterhaltungen bei dem Stadtbauamte zu Freiberg für das Jahr 1897 auf dem Wege der Ausschreibung vergeben werden.

Diesemigen Fuhrwerksbesitzer, welche geneigt sind sich um diese Anfuhr zu bewerben, können die bezüglichen Bedingungen im Geschäftszimmer des unterzeichneten Stadt-

bauamtes einsehen und Preisliste gegen Erlegung von 30 Pfg. entnehmen, welche ausgefüllt und namensunterschriftlich vollzogen verschlossen mit der Aufschrift:

„Anfuhr von Straßensteinen betr.“

versehen, bis spätestens

den 12. Dezember 1896

an die Empfangsstelle, Stadthaus II. Etage, Zimmer Nr. 4 zurückzugeben ist.

Freiberg, den 2. Dezember 1896.

Das Stadtbauamt.
Börner.

Lichtstärke des Leuchtgases der städtischen Gasanstalt
im Monat November c. gemessen an einem Normalargandbrenner bei einem Gasverbrauch von 150 Liter pro Stunde und einem Drucke von 2,8 mm Wassersäule

18,0 Normalkerzen
Mittel aus 10 Messungen.

Freiberg, am 1. Dezember 1896.

gez. Bergath Dr. Erhard, Professor.

Die auf den 3. Dezember dieses Jahres Vormittags 9 Uhr in Rulda anberaumte Ver-
steigerung wird bis auf weiteres aufgehoben.

Brand, am 1. Dezember 1896.

Der Gerichtsvollzieher beim königlichen Amtsgericht daselbst.
Silbermann, Wachtmeister.

Politische Umschau.

Freiberg, den 2. Dezember.

In London verlautet, daß der Deutsche Kaiser Lord Londsdale telegraphisch seinen Dank für seine Rede bezüglich des Telegramms an den Präsidenten Krüger ausgedrückt hat, dafür, daß er den Kaiser öffentlich von jeder Absicht, der Empfindlichkeit des englischen Volkes zu nahe zu treten, entlastet hat. Das Gerücht erscheint wenig glaubwürdig, obgleich zugegeben werden muß, daß eine Nichtigstellung der Behauptungen Lord Londsdales bisher nicht erfolgt ist. Es ist selbstverständlich, daß Kaiser Wilhelm mit seiner Depesche an Präsident Krüger nicht beabsichtigt hat, England zu beleidigen, eine „Entlastung“ war daher völlig überflüssig, die Form aber, in der sich Lord Londsdale dieser Aufgabe unterzog, war geradezu verlegend für unser nationales Selbstgefühl.

Die unter dem Präsidium des Prinzen Albrecht von Preußen stehende Landesverteidigungs-Kommission des deutschen Reiches tritt demnächst in Berlin zu wichtigen Beratungen zusammen. Die großen wissenschaftlichen Fortschritte im Kriegswesen bei andern Staaten machen eine eingehende Prüfung der Frage nötig, wie weit die Organisationen und technischen Hilfsmittel des deutschen Heeres auf der Höhe der Zeit stehen. Die genannte Kommission besteht seit 1875. Ihre Mitglieder sind der preussische Kriegsminister, der Chef des Generalstabs, die General-Inspektoren der Artillerie und des Ingenieurcorps, der Chef der Admiralität und einige besonders berufenen Generale.

Die Eisenbahndirektion Kattowitz in Oberschlesien hat verfügt, daß kein Beamter und Hilfsbediensteter anzustellen oder im Dienste zu belassen sei, der nicht der deutschen Sprache vollkommen mächtig ist. Im Verkehr mit dem Publikum und untereinander hat das gesammte Personal bei Strafe der Dienstenthebung ausschließlich deutsch zu sprechen.

Zu dem Gesetzentwurf über den Ausgleichs-fonds hat das Centrum in der betreffenden Kommission des Abgeordnetenhauses nach der „Germania“ folgenden Antrag eingebracht: § 1. Der nach der Jahresrechnung für das Etatsjahr 1895/96 verbleibende Ueberschuß wird bis zur Höhe von 60000 Mark (soll offenbar heißen: 60 Mill. Mk.) zur Bildung eines Ausgleichsfonds verwendet. Dieser Fonds ist ausschließlich nach folgenden Grundsätzen zu verwenden: § 2. Ergiebt sich nach dem Voranschlag für den Staatshaushaltsetat für das Jahr 1897/98 oder eines der folgenden Jahre ein Fehlbetrag, so ist bis zur Erschöpfung des Ausgleichsfonds aus demselben der erforderliche Betrag zur Deckung des Fehlbetrages in den Voranschlag des Etats einzustellen. Soweit der zu diesem Zweck in den Voranschlag eingestellte Betrag nach der allgemeinen Rechnung zur Herstellung des Gleichgewichts der Rechnung nicht notwendig ist, fließt derselbe in den Ausgleichsfonds zurück. § 3. Ergiebt die allgemeine Rechnung für das Etatsjahr 1897/98 oder eines der folgenden Jahre einen Fehlbetrag, welcher im Voranschlag dieses Etatsjahres nicht vorgezogen war, so ist zur Deckung desselben der erforderliche Betrag aus dem Ausgleichsfonds bis zur Erschöpfung desselben zu entnehmen. § 4. Die aufkommenden Zinsen wachsen demselben zu, bis er die Höhe von 80 Millionen Mark erreicht. Die überschüssigen Beträge an Zinsen sind in den Etat des folgenden Jahres als Einnahme einzustellen. § 5. Der Ausgleichsfonds wird der Staatsschuldenverwaltung unterstellt. Die Bestände des Fonds sind in Schuldverschreibungen des Reichs oder der Bundesstaaten anzulegen. § 6. Die Einnahmen und Ausgaben des Ausgleichsfonds sind in einer Anlage zur Uebersicht von den Staatseinnahmen und Ausgaben jedes Etatsjahres nachzuweisen. Dieselben unterliegen der Prüfung durch die Ober-Rechnungskammer. — Dieser Entwurf steht dem der Regierung sehr nahe.

Der deutsche Reichstag setzte die erste Lesung des Etats fort. — Abg. v. Leipziger (konf.): Die von Richter berührte Entlassung der Minister ist ein Recht der Krone und unterliegt keiner Kritik. Wir Konservativen bedauern freilich, daß ein solcher Minister wie Herr Bronsart v. Schellendorff uns hat verlassen müssen (Lachen links). Was Richter gegen uns Agrarier in Bezug auf das Zuckersteuergesetz ausführte, ist ganz unzutreffend. Dieses

Gesetz ist durchaus nicht so zu Stande gekommen, wie wir es wünschen. Wenn gestern gesagt wurde, die finanziellen Folgen der Handelsverträge für das Reich seien ausgeglichen, so will ich das zugeben, aber für die Landwirtschaft sind die Folgen der Verträge nicht ausgeglichen (Sehr richtig! rechts). Im Gegensatz zu anderen Regierungen kann die unfruchtbarere Landwirtschaft nicht schützen, eben wegen der Handelsverträge, deren Hauptfehler in der Weistbegünstigung liegt. Wenn jetzt die Eisenbahnverwaltung Vorschläge über die Verwendung der Margarine erlassen hat, so erinnere ich daran, daß wir gerade solche Vorschläge bei dem Margarinegesetz verlangten, aber vergeblich. Der Besoldungsmachttragset hat unsere Sympathien. Ein Theil meiner Freunde wünscht, daß mit den Besoldungsverbesserungen für Offiziere par passu, auch der Resolutionsstand des Reichstags, betreffend warmes Abendbrot für die Mannschaften, stattgegeben werde. Auch wir wollen keinen Stillstand der Sozialreform, aber wir wollen sie nicht herbeigeführt wissen in dem Sinne der Bäckereiverordnung auf dem Wege des Normalarbeitstages. Bei dem Nordostkanal ist die Verwaltung zu teuer, die elektrische Beleuchtung der ganzen Strecke ein Luxus. Was die Marine anlangt, so wird in der Kommission näherer Aufschluß gegeben sein über die Vermehrung der Mannschaften durch Verbeibaltung der jetzt auf den Panzerschiffen befindlichen Seeinfanterie auf dem Lande und Ersatz derselben durch Mannschaften der Matrosendivisionen auf den Schiffen. Die starke Erhöhung der einmaligen Ausgaben für die Marine erregt bei uns auch starke Bedenken. Dazu erscheint es uns fraglich, ob die Werften für so starke Bauten leistungsfähig genug sind, und was dann später aus den Werftarbeitern wird, wenn der Umfang für Schiffsbauten wieder nachläßt. Redner widmet dann den Braven vom „Altis“ warme Worte. Aeußerungen, welche von einer Seite über diese Braven noch nach dem Tode laut geworden, erweckten Abscheu (Lachen bei den Sozialdemokraten). Bei der kurzen Lebensdauer der Schiffe müßte mindestens ein größerer Theil der für Schiffsbau geborenen Summe auf das Ordinarium gebracht werden. Das Extraordinarium müßte möglichst entlastet werden. Im Interesse der Schuldentilgung hätten seine Freunde im April der lex Lieber zugestimmt, aber auf die Dauer würde es auf diese Weise nicht gehen, denn wenn das Reich in schlechten Zeiten auf die Einzelstaaten zurückgreife, so müßten diese auch in guten Zeiten erhalten, was ihnen vom Reiche gebühre. — Staatssekretär Hollmann berichtet zunächst eine Angabe des Vorredners, nicht vier, sondern zwei Schiffe der Sachsenklasse seien gegenwärtig im Bau. Der Vorredner rechne irrtümlich die in Reparatur befindlichen Sachsenklasse mit. Eigentlich müßten jährlich 10 Prozent des Werthes der Marine als Ersatz gefordert werden, also, da die Marine etwa 320 Mill. Mark repräsentire, 32 Mill. Mark. In diesem Etat fordern wir aber von 145 Millionen Mark nur 20 Millionen Mark Ersatz, also 12 Millionen weniger als 32 Millionen (Heiterkeit). Ja, wenn ich Ihnen in der Kommission Alles mittheilen werde, werden Sie selber sagen: Die Sache bekommt ein ganz anderes Gesicht (Heiterkeit links). Für die Worte des Vorredners über den „Altis“ danke ich ihm herzlich. Auch ich habe jene Aeußerungen der sozialdemokratischen Blätter gelesen, aber wir glauben, diese Sache nicht zum Anlaß von Erörterungen in der Presse machen zu sollen. Ueber die Ursache des Ausfalls wissen wir wenig, er kam ganz unerwartet. Die Mannschaften sind ihrem Eidswur treu geblieben, sie haben, als sie keine Rettung sahen, mit einem Hoch auf den Kaiser geendet und wenn jemand sagt, weshalb haben diese Leute in ihrer letzten Stunde nicht Gott angerufen, so sage ich, gerade so handelt nur ein wahrer Christ. Wenn sie ihren Kaiser vor Augen hatten, als die ihnen von Gott gesetzte Obrigkeit, so hatten sie nicht minder ihren Gott vor Augen. Das waren Gelden und der Reichstag und mit ihm das ganze Land wird ihnen gewiß die Palme des Sieges zuerkennen. Sie sind ein leuchtendes Vorbild für die ganze Marine (Beifall). Wenn ich (zu den Sozialdemokraten gewendet) glauben müßte, daß Ihre Presse die Ansicht der ganzen Partei vertritt, so müßte ich den Glauben an die Menschheit verlieren. — Schatzsekretär v. Posadowsky verteidigt gegen Richter die von ihm vorgeschlagene Finanzreform, deren Nothwendigkeit keine Dialektik hinweg-

disputiren könne, denn die Einzelstaaten wüßten jetzt nie, welche Forderungen das Reich stellt, könnten also niemals eine geordnete Finanzwirtschaft führen. Den Anleihefonds gebe er im Reiche frei. Es genüge, wenn man in guten Jahren Schulden tilge und in schlechten den Anleihebeweg in höherem Maße belaste. (Richter ruft: Da sind wir ja ganz einverstanden!). Das von ihm vorgeschlagene Finanzreformgesetz sei jedenfalls kein Automat. Was die Zuckersteuer anlangt, so habe deren Reform dem Reiche überhaupt nichts einbringen können, sondern nur der Landwirtschaft Hilfe bringen. Aburtheilen über diese Reform dürfe man nach solch kurzer Zeit noch nicht und er bebaure, daß selbst Inter- neten sich zu abfälligen Urtheilen haben hinreißen lassen. Es stehe auch noch gar nicht fest, daß der Preisrückgang bei dem Zucker eine Folge des letzten Reformgesetzes sei. Richter's Vorschlag, die Ausfuhrprämien ganz fallen zu lassen und die Konsumabgabe entsprechend zu ermäßigen, sei unausführbar, denn daran sei nicht zu denken, daß die jetzt exportirten 10 Millionen Doppelcentner mit einem Schlage in den Innenverbrauch übergehen könnten und das wäre doch nötig, wenn nicht der Rübenbau werde geschädigt werden sollte. Unsere Zuckerindustrie sei allerdings eine Treibhauspflanze, aber das lasse sich eben nicht mit einem Schlage ändern. Was die Postverwaltung anlangt, so werde die Frage der Heraushebung des einfachen Briefpostgewichtes von 15 auf 20 Gramm viel zu sehr aufgekauft, zumal die Kaufleute mit 15 Gramm auskämen, weil sie auf sehr dünnes Papier zu schreiben pflegten (Heiterkeit). Ueber das Zeitungsporto herrsche zwischen ihm und dem Staatssekretär v. Stephan bereits Einverständnis und er hoffe, es werde demnächst eine Vorlage gemacht werden können. Im Militäretat seien die Neubausforderungen nicht ungewöhnlich hoch, für Kasernen nur 17 Mill. Der Marineetat enthalte eine geringere Belastung als der vorige. — Abg. Paasche (nl.) will nach Dem, was der Schatzsekretär gesagt hat, nicht mehr auf die Zuckersteuer eingehen. Im Ganzen gebe der vorliegende Etat nicht zu so scharfer Kritik Anlaß, wie derselbe sie gefunden habe. Trotz seiner Höhe nehme man doch bei den Ansätzen vielfach Sparsamkeit wahr. Redner plaidirt weiter für eine Reichsfinanzreform, denn die Freiheit des Reichs über die Mittel der Einzelstaaten einfach zu disponiren, sei nicht fonderlich wünschenswert. Wenn ein fester Automat bestände, so werde gerade das die Sparbarkeit fördern. Zu neuen Steuern werde allerdings nirgends Neigung bestehen. Sehr notwendig sei ein Schutz der Landwirtschaft gegen Einschleppung von Viehseuchen. Mit Schweinen könne unsere Landwirtschaft uns hinreichend versorgen, auch ohne daß es der russischen Einfuhr bedürfe; und sollten wir etwa, bloß um den Handel mit dem lieben Nachbar aufrecht zu erhalten, tuberkuloses Vieh hereinlassen? Weiter berührt Redner den Hamburger Streit; ob da schlechte Behandlung mitgespielt habe, wisse er nicht, Thatsache aber sei, daß englische Agitation dahinterstehe, sogar englische Kapitalisten (Welschler bei den Sozialdemokraten). Man kenne ja die englische Selbstsucht und unsere Arbeiter seien sehr schlecht beraten, wenn sie im Interesse der englischen Arbeiter Hamburgs Handel und ihre eigenen Interessen so schwer schädigten. Die Hamburger Polizei habe sehr recht daran gehandelt, als sie fest zugriff und Tom Mann auswies. Bedauerlich sei das starke Anschwellen des Pensionsetats, besonders im Interesse der Offiziere selbst, die sich nachher in jubalturnen Stellungen behelfen müßten. Besoldungsverbesserungen seien namentlich geboten für akademisch gebildete Beamte, Sanitätsoffiziere und Militärpfarrer. Wie hoch seien schon jetzt im Gegensatz zu jenen die Gehälter von Kanzleibeamten in den Reichsämtern. Wenn aus dem Rückgang der Wörtensteuer zu schließen sei, daß die Beziehungen zwischen Privatleuten und der Börse nachließen, so sei ihm das nur lieb; ferner seien auch die Getreidehändler im Lande nur froh, daß sie das Getreidetermin-Umsetzen an der Berliner Börse losgeworden seien (Lachen links). Daß es, wie man behauptet, durch Bundesratsverordnung den landwirtschaftlichen Brennern erlaubt sein sollte, Mais zu maischen, könne er noch nicht glauben, denn das wäre auch wirtschaftlich ganz falsch. Für das Zuckersteuergesetz sei er nicht mit verantwortlich, sein eigener Gesetzentwurf würde der Landwirtschaft sicher geholfen haben, aber mit Hilfe der Linken habe ja das Gesetz in dritter Lesung eine ganz andere Fassung erhalten (Lachen links). Aber auch in dieser Fassung habe uns das Gesetz keine